

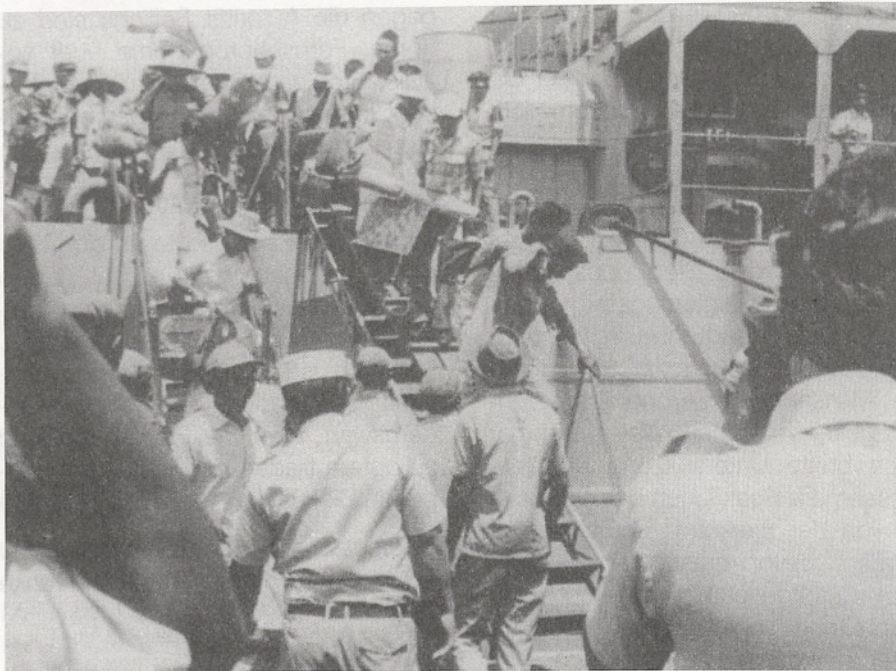
Indonesien

Der Dalang läßt die Puppen tanzen

Indonesien, eine deutsche Angelegenheit? Das deutsch-indonesische Herrschaftsbündnis der »Neuen Ordnung« aus der Geschichte betrachtet

In einer deutschen Stadt, im Oktober 1994, berichtet ein Student aus Jakarta vor einer kleinen inoffiziellen Gesprächsrunde aus Vertretern politischer Parteien über die schweren Menschenrechtsverletzungen durch die Militärregierung Indonesiens. Rachland Nashidik ist stellvertretender Vorsitzender der Menschenrechtsorganisation »Yayasan Pijar«, mehrere seiner Mitstreiter sind wegen »Majestätsbeleidigung« bzw. »Subversion« angeklagt oder sitzen bereits im Gefängnis. Einer der deutschen Teilnehmer, Landtagsabgeordneter (und mittlerweile in hoher Position), bezweifelt den Wahrheitsgehalt von Rachlands Informationen: »Das würde unser Kanzler nicht zulassen!« — Januar

1999. Die Autorin wird zufällig Zeugin eines Gesprächs zwischen zwei Bankiers über optimale Kapitalanlagen im Ausland, für die Diktaturen die größte Sicherheit gewährleisten, was ihnen ein amerikanischer Bestseller offenbar bestätigt hat. — April 1999. In einem Zeitungsinterview beklagt sich Olaf Henkel, Vorsitzender des Bundes Deutscher Industrie (BDI), über die Einschränkung der Freiheit durch zunehmende Forderungen aus dem Sozial- und Arbeitnehmerbereich. — Es handelt sich um Meinungen aus Politik, Finanzwelt und Industrie. Im folgenden sollen Blicke hinter den Vorhang dieser drei Bereiche zur Aufklärung beitragen, welcher Dalang die indonesischen »Puppen« agieren und krepieren läßt.



Politische Gefangene kehren in den späten 70er Jahren vom berüchtigten Lager auf der Insel Buru zurück.

von Eva König

Bilder einer Ausstellung

»Wir setzen Vertrauen in Habibie und seine Regierung bei der Bewältigung der Krise«, versicherten Bundeswirtschaftsminister Müller, Baden-Württembergs Landesvater Teufel und andere hochkarätige deutsche Vertreter von Industrie und Politik der indonesischen Regierung, als sie sich auf der Hightech-Messe »Technogerma« im März 1999 in Jakarta der Weltöffentlichkeit als treue Partner Indonesiens präsentierten. Interimspräsident Bacharuddin Jusuf Habibie (62) hatte eingeladen, als Präsidentschaftskandidat der Regierungspartei GOLKAR. Am 7. Juni 1999 werden die ersten freien Wahlen in Indonesien seit 1955 stattfinden, und GOLKAR bewirbt sich mit 47 (statt bisher zwei wie zu Suhartozeiten) Konkurrenten um die Macht. Spitzenvertreter wie der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel, und Klaus von Menges, Chef von Ferrostaal, wurden nicht müde, ihre Treue und die Pflege »bester Beziehungen zu Indonesien« und Habibie zu betonen. Gegen Kredite für Indonesien hoffen die Deutschen »natürlich mittelfristig auch auf Aufträge« (Menges). Im politischen Alltag geht es weniger harmonisch her; klare Entscheidungen Habibies stellen eine Ausnahme dar. Seine Legitimation als Regierungschef ist schwach. Denn am 21. Mai 1998, auf dem Höhepunkt von wirtschaftlichem und politischem Chaos, wurde er in einer Sieben-Minuten-Zeremonie vom abdankenden Suharto zum Nachfolger ernannt, oh-

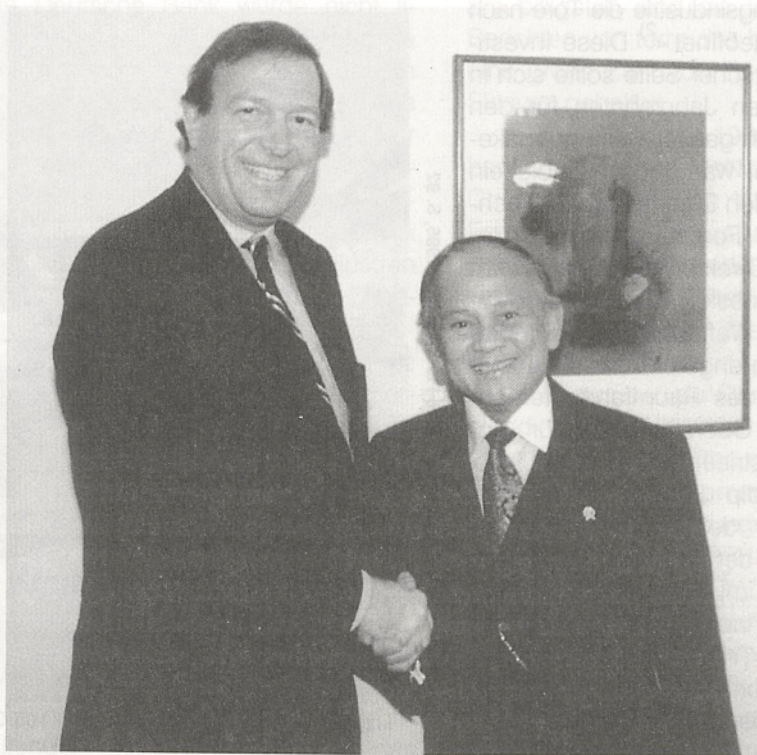
aus: FEER v. 6.5.1999, S. 39

Die Autorin ist Lehrerin und freie Journalistin.

ne sich jedoch der Wahl des Volkskongresses zu stellen. Habibie stellt halbherzig Weichen für einen Neubeginn und bleibt der Nutznießer und Bewahrer des »ancien régime«. Sein Kabinett hat er aus 20 alten und 16 neuen Ministern zusammengestellt. Die Streitkräfte (ABRI) wurden von Habibie aufgefordert, die anhaltenden blutigen Ausschreitungen zu beenden, aber oft gehörten die gewalttätigen Garanten des alten Systems selbst zu den Tätern. Suharto zieht im Hintergrund offenbar noch immer Fäden, ein potenter Machtinhaber dankt nicht wirklich von heute auf morgen ab. Dagegen ist Habibie, selbst nie Angehöriger der Armee (im Gegensatz zu seinem Vorgänger), ohne Lobby beim Militär; der Armeechef und früheren Adjutant Suhartos, General Wiranto, geht indessen eigene Wege, aber nicht besonders entschlossen. Habibie präsentiert sich als Befürworter einer »Wirtschaft des Volkes« und des Aufbaus eines neuen Rechtssystems, boykottiert aber wichtige Reformansätze wie Untersuchungen, die zur Aufklärung von milliardenhoher Korruption und Vetternwirtschaft unter Suharto beitragen sollen; eine Wahrheitsfindungs-Kommission nach dem Vorbild Südafrikas hat Habibie abgelehnt. So wird kein Fortschritt sichtbar bei der Aufdeckung von Verbrechen, weder in den jetzigen Unruhegebieten noch solchen in der Suharto-Ära.

Habibies politische Entscheidungen gleichen einem Zickzack-Kurs. Er machte gleich nach Amtsantritt demokratische Zugeständnisse wie Presse- und Versammlungsfreiheit und ließ eine Anzahl politischer Gefangenen frei, bezeichnete im November 1998, vor laufenden Fernsehkameras, die monatelangen Studentenproteste als »reformasi total« und gleichzeitig als »Manipulation »anarchistischer Gruppen««. Anschließender Kommentar eines führenden Präsidentenberaters: »Wir müssen die Studenten vom Pöbel trennen.« Die Studentenbewegung, die beim Rücktritt Suhartos eine Schlüsselrolle spielte, brachte genauso Opfer während der Suharto-Ära wie die große Masse der Bevölkerung, der drei Jahrzehnte lang eine aktive Beteiligung im politischen Leben genauso verwehrt worden war wie die Teilhabe am Reichtum ihres Landes: Ende 1999 wird nach Prognose eines UN-Reports mehr als die Hälfte der indonesischen Bevölkerung unter der

aus: Presse- u. Informationsamt, Deutschland, Indonesien. Eine Partnerschaft, 1995, S. 17



Kooperation: die ehemaligen Minister Günter Rexrodt und B.J. Habibie — mit unterschiedlichen Karriereverläufen

Armutsgrenze existieren müssen. Allerdings wünschen bestimmte Gruppierungen, überwiegend Militärs und Bürokraten, die hervorragend von Suhartos System der »Neuen Ordnung« (»orde baru«) profitierten, solche Zeiten zurück, wenn auch mit modifizierten Änderungen. Wunschkandidat dieser Restauratoren und GOLKAR-Anhänger ist Habibie, der wirtschaftliche Strukturverbesserungen forciert. Er hat den Internationalen Währungsfonds (IWF) ins Land geholt und fast alle seine Forderungen umgesetzt; mit deutschen Beratern ist das Zentralbankgesetz zustande gekommen. Klar ist mittlerweile, daß Präsident Habibie eine längere Amtszeit anstrebt. »Ich habe Spaß an meinem Job.«

Der Grund für den Wunsch deutscher Vertreter aus Industrie- und Politik-Chefetagen nach »Habibie for president«: »Habibie ist vielleicht wie kein zweiter geeignet, den Weg von der Autokratie in eine Demokratie zu ebnen«. Man meint diesen Mann, der in Aachen studierte und als Maschinenbauingenieur promovierte, und seinen weiteren Kurs einschätzen zu können. Als es 1970 zur Begegnung mit Suharto während dessen Deutschlandbesuch kam, arbeitete Habibie in der Kernforschungsanlage Jülich. Eine Bilderbuchkarriere unter bilateraler Schirmherrschaft begann. Habibie wechselte danach als Abteilungsleiter für »Kommerzielle Flugzeugtechnolo-

gie« und »Militärische Transportflugzeuge« zum Rüstungskonzern MBB (Messerschmitt-Bölkow-Blohm) GmbH in Hamburg, trat auf Wunsch Suhartos in Kontakt mit dem damaligen Direktor des indonesischen Ölkonzerns Pertamina, und wurde wenig später (1974) von Präsident Suharto mit der Errichtung einer (von Pertamina finanzierten) Flugzeugfabrik, der Konzipierung eines Technologiezentrums (BPPT) sowie eines Wissenschaftszentrums (PUSPITEK) in Indonesien betraut; gleichzeitig avancierte er zum Berater für »Technologieentwicklung« im Kabinett Suharto und des Erdölkonzerns Pertamina. In Deutschland endete zwar vier Jahre später die offizielle Tätigkeit des loyalen Suharto-Schützlings als Vizepräsident und Direktor für den Bereich »Technologie« der MBB Hamburg und München (heute DASA), nicht aber seine Funktion als »Drahtzieher der indonesischen Rüstungsindustrie ... Habibie ist kein Militär, und er ist überzeugt, mit dem Aufbau einer Rüstungsindustrie auf hohem technologischem Niveau Indonesien zugleich den Eintritt in die Hochtechnologie auf breiter Ebene zu verschaffen.«¹⁾ »So hat Habibie, den der Rüstungskonzern MBB aufgebaut und wegen seiner Verdienste auch nach der Berufung zum Forschungsminister durch monatliche Gehaltszahlungen weiter gewürdigt hat, nicht zuletzt der deut-

schen Rüstungsindustrie die Tore nach Indonesien geöffnet.«²⁾ Diese Investition von deutscher Seite sollte sich in den folgenden Jahrzehnten für den Verkauf gleich ganzer Rüstungspakete auszahlen, war doch Habibie ein Mann mit vielen Eigenschaften: Technologie- und Forschungsminister Indonesiens, Direktor der Schiffswerft PT PAL Indonesien, Direktor der Munitions- und Waffenfabrik PT Pindad sowie der Sprengstofffabrik PT Dahana, Direktor des Raumfahrtunternehmens ITPN, Oberster Leiter für »Regionale Industrieentwicklung der Insel Batam« (Opdip Batam), Leiter des »Gründerrats« der »Industrie für die Verteidigung der (inneren) Sicherheit«, Vorsitzender im »Gründerrat« der »Stiftung für Technologische Entwicklung Indonesiens« (YPTI), Vorsitzender des »Komitees zur Ausführung Strategischer Industrie« (BPIS), Vertreter GOLKARs in der »Beratenden Volksversammlung«, Vorsitzender des »Instituts für Aeronautik und Astronautik Indonesiens«, Geschäftsführer der New Transport Technology (NTT) [gemeinsames Unternehmen MBB-ITPN], Vorsitzender des »Forums zur wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit Indonesiens und Deutschlands etc.«³⁾

Wegen seiner Verdienste für diese seine »zweite Heimat«, wo er eine Villa in der Nähe Hamburgs sein Eigen nennt, wurde Habibie im Juli 1997 mit dem »Großkreuz« der Bundesrepublik Deutschland geehrt, der höchsten Auszeichnung für einen Ausländer ohne Status als Regierungs- oder Staatsoberhaupt — heimlich, vom Bundeskanzleramt erst auf Nachfrage bestätigt.⁴⁾ Zu seinem Vorgänger und Ziehvater, der ihn seine technischen Superinteressen ausleben ließ, hat er ein sehr gutes Verhältnis. Und welches Bild hat der Präsident heute von seiner Zeit als Minister, im engsten Machtzirkel Suhartos? Ach, »just a small minister«⁵⁾ »und daß er keinerlei direkte politischen Aufgaben zu erledigen, sondern sich in seinem Fachbereich um die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu kümmern hatte.«⁶⁾

Die Tradition der »Neuen Ordnung«

Im November 1996, als Helmut Kohl noch Bundeskanzler und

aus: Deutschland. Indonesien. Eine Partnerschaft, 1995, S. 92



Lizenzfertigung in Indonesien: BO 105 CB in Bandung

Suharto Ministerpräsident war, präferierte sich der deutsche Gast während seiner Staatsvisite in Jakarta als verständnisvoller Partner und bezeichnete seinen Gastgeber vor aller Öffentlichkeit als »mein Freund«, die Worte und Bilder gingen um die Welt. Gleichzeitig hielt Kohl es für opportun, den soeben überraschend mit dem Friedensnobelpreis geehrten ost-timoresischen Bischof Belo zu brüskieren. Ost-Timor war schließlich ein leidiges Thema in Jakarta.

Schon fünfundvierzig Jahre früher, von Juli bis November 1951, weilte ein weltberühmter Deutscher als (privater) Gast der Regierung Sukarno in Jakarta, der deutsche Bankier Hjalmar Horace Greeley Schacht, der zwei Jahrzehnte lang als Reichswährungskommissar und Reichsbankpräsident der Weimarer Republik und Reichswirtschaftsminister unter Hitler fungierte. Die indonesische Wirtschaft litt unter galoppierender Inflation, doch trotz der unterschiedlichen Verhältnisse erinnerte die Situation Schacht an das Deutschland von 1923. Bei seiner Abreise war der Bankier optimistisch gestimmt, weil die indonesische Wirtschaft in besserem Zustand wäre als angenommen. (John Weitz »Hitlers Bankier — Hjalmar Schacht«, Europa Verlag München Wien 1998, S.429 ff)

Ein anderer deutscher Finanzexperte war 1966, nach Suhartos blutiger Machtübernahme, (offizieller) Gast in Jakarta: Der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Hermann Joseph

Abs. Abs war gleichzeitig eines der einflussreichsten Mitglieder der gesamten Konzernlandschaft von Industrie und Wirtschaft in Deutschland: Als Mitglied in den Aufsichtsräten von mehr als 50 Unternehmen kontrollierte und beeinflusste er maßgeblich die deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik (AK Indonesien 1970) und, in seiner leitenden Funktion bei der Deutschen Bank, auch Weltbank und IWF. Nicht gerade eine gewöhnliche Ansammlung von Mandaten am Konzernhimmel, jedoch logisch, wenn man um Abs Qualifikation als Chefstrategie und seine Vergangenheit weiß.

Bereits im Sommer 1940 wollten Finanziere aus extrem rechten Kreisen wie Krupp, Thyssen, I.G. Farben Shell usw., die Hitler als Steigbügelhalter sekundiert hatten, bei den Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Machtgruppen um die langfristig beste Wirtschaftsstrategie ihre Interessen behaupten. Ihre Konzernleitungen präsentieren die Perspektiven für eine »Neue Ordnung« im künftigen Großreich als »Reichsgruppe Industrie«. Am 25. Oktober 1940 meldete sich der Finanzfachmann H.J. Abs zu Wort, um in einem Vortrag sein Konzept der »aktiven Kapitalpolitik« vorzustellen und, unter dem Aspekt langfristiger Investitionsplanung, auf die Bedeutung der »richtigen Zielländer« einzugehen. Mit der Wahl der richtigen Zielländer wäre der Zugriff auf Rohstoffquellen gesichert und es bestünden lohnende Möglichkeiten für

die Kapitalausfuhr, so daß die großen deutschen Industriekonzerne in sofortige Konkurrenzfähigkeit mit dem US-Kapital auf den außereuropäischen Märkten treten und Weltgeltung erreichen könnten.

Abs trat als brillanter Theoretiker in Erscheinung, und er setzte seine Pläne zum Wohle der Deutschen Bank erfolgreich in die Praxis um. Im Gefolge der Liquidierung der jüdischen Firmen bei der Besetzung Europas durch die Nazis übernahm bspw. die Deutsche Bank die »Arisierung« der ausländischen Betriebe. Das heißt, Abs hatte die Interessen seines Unternehmens und die Interessen des Staates optimal einander angeglichen. Es war das gleiche Muster, das Deutsche Bank und Shell bereits zwischen den Weltkriegen praktiziert hatten. Nach erfolglosen Versuchen, mehr Einfluß auf Ölgesellschaften in Südosteuropa zu bekommen, hatte die Deutsche Bank sehr bald die Macht von Shell zu spüren bekommen und kaufte sich schließlich bei der Deutschen Shell ein. Die Kapitalanteile beider Unternehmen wurden miteinander verflochten, so daß es dem Shell-Konzern gleich nach der Eroberung Rumäniens und der Tschechoslowakei möglich war, das Öl aus der Erde der überfallenen Länder zu pumpen, um damit Deutschlands Öllieferungen sicherzustellen und beträchtliche Gewinne für sich selbst und die Deutsche Bank einzustecken. Offensichtlich verfügte Abs über eine hohe Sensibilität — aber einzig für die Expansionspolitik seiner Bank. Waren multinationale Konzerne zu mächtig, fand eine Interessenverpflichtung auf eine »freundliche Art« statt und die Deutsche Bank kaufte sich ein; schließlich saß man bei allen wichtigen Großkonzernen in den Aufsichtsräten. Auf diese Art und Weise gelang es Abs in übrigens nur drei Jahren, allein auf seinen Namen 80 Aufsichtsratsposten zu versammeln (Shell-Heft, S. 24f)

Der Kalte Krieg und der Umbruch in den Kolonialländern spülte neue Führer und Eliten nach oben, die das Vorbild westlicher Herrschaftsgruppen übernahmen. Schnelle Gelder waren gefragt, um die Macht zu festigen. Die damit verbundene Rücksicht auf die Interessen des Großkapitals verhinderten die anfänglichen Bemühungen der Finanzdivision des Office of Military Government for Germany um strafrechtliche Verantwortung.

Die Deutsche Bank wurde nicht liquidiert, die Großbanken blieben de jure mit ihrer Kapitalstruktur und in ihrer Kontinuität erhalten. H.J. Abs wurde nicht als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt, sondern 1948 problemlos entnazifiziert. Er wurde Vorstandssprecher der Deutschen Bank und übernahm 1949, in einer illustren Beratergruppe Bundeskanzler Adenauers, eine besondere Vertrauensstellung. Fortan galt Abs als die »graue Eminenz« im Bonner Kanzleramt. Wie Phönix aus der Asche stieg die Deutsche Bank empor ins deutsche Wirtschaftswunder.

Kreditwürdigkeit

In Indonesien treffen wir Herrn Abs und die Konzerne wieder. Als am 24. Dezember 1966 die vorbereitenden Verhandlungen über das »Neue Gesetz betr. Investitionen ausländischen Kapitals« beendet waren, das am 10. Januar 1967 vom Parlament ratifiziert wurde, eröffneten zahlreiche Banken in Jakarta ihre Kontore. Für den schnellen und sicheren Reichtum war ausländisches Kapital nötig, das den Schutz der Investitionen garantieren mußte, und so kam das von der neuen Machtelite erlassene Kapitalschutzgesetz zustande. Der Ausverkauf Indonesiens konnte beginnen: Artikel 9 gab dem Besitzer des Kapitals das volle Recht, das Management der Gesellschaft zu bestimmen, Artikel 11 erlaubte der Gesellschaft, die leitenden und technischen Angestellten zu benennen, in den Positionen, »die noch nicht von Indonesiern ausgefüllt werden können«, nach Artikel 14 mußte für die Bedürfnisse der ausländischen Gesellschaften Land zur Verfügung gestellt werden, mit dem Recht der Konstruktion, der Nutzung und Exploitation, Artikel 15 versprach Steuerbefreiung für die ersten fünf Jahre und Steuererleichterungen, Artikel 18 gewährte 30jährige Konzessionen, Artikel 19 vollständige Transferrechte und Artikel 21 juristischen Schutz. Zu ergänzen wäre, daß kein Schutz der menschlichen Arbeitskräfte in die Vertragsklauseln eingebunden wurde. Damals wie heute werden Arbeiterinnen und Arbeiter billiger angeboten als Maschinen. Und

am billigsten sind die Kinder. Nach Berichten von terre des hommes wird eine große Zahl von ihnen direkt als Sklaven gehalten.

Im Sommer 1968 lobte Weltbankchef Robert McNamara (zuvor Chefmanager in den Werken Henry Fords, Sponsor Hitlers, anschließend amerikanischer Verteidigungsminister zu Vietnam-Kriegszeiten) die indonesische Regierung für ihre richtige politische Linie. Sie stand gerade in Verhandlungen über die Einrichtung einer ständigen Mission der Weltbank in Jakarta mit Delegierten der American International Development (AID), des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Inter-Governmental Group Indonesia (IGGI/Schweiz, Niederlande, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Belgien, Australien und Japan). Per Mehrheitsbeschluß war es dem Konsortium der Gläubigerländer möglich, Indonesiens Regierung bestimmte wirtschaftliche Maßnahmen vorzuschreiben. Das Konsortium bewirkte die Neuordnung der indonesischen Wirtschaft im Geld- und Kapitalektor nach Richtlinien des (von den USA beherrschten) IWF. Aufgabe der Weltbank sollte nach den Worten McNamaras die »Koordination der gesamten ausländischen Hilfe« an Indonesien sein. (Schlereth, S. 204 ff)

— Anzeige —

Nummer 10 • Frühjahr 1999 • DM 5
Halbjährliche Irland-Zeitung



SPIRIT OF RESISTANCE

Inhalt

Halbjährliche Irland-Zeitung

Bestellungen gegen Vorkasse
DM 5 pro Heft + 1.50 P&V
DM 4 pro Heft + 2.50 P&V (ab 5 Ex.)
an:
Irland-Gruppe, Infoladen Anschlag, Heeper
Str. 132, 33607 Bielefeld

Zwischen Bonn und Jakarta wurde im November 1968 ein bilaterales Kapitalhilfeschutzabkommen abgeschlossen, das den Einsatz der Kapitalgeber mit großzügiger Gesetzgebung zugunsten Investitions- und Rohstofferschließungsrechten belohnte, u.a. gemäß Art. 4 den »freien Transfer des deutschen Kapitals mit seinen Erträgen daraus« (Suroso, 1975, S. 14). Beteiligt haben sich daraufhin sofort fünf deutsche Konzerne mit Investitionen über insgesamt 5,65 Mio. US\$. Zu diesen ersten gehörten die Farbwerke Hoechst (6,5 Mio. DM), kurze Zeit später (1969) auch Bayer-Leverkusen (1,2 Mio. US\$) u.a. (Schlereth, S. 206). In den Aufsichtsräten dieser, wie vieler weiterer am Indonesiengeschäft interessierten Konzerne (BASF, Siemens, Shell, Daimler-Benz, Lufthansa und Deutsch-Asiatische Bank), saß wieder Hermann Joseph Abs, Vorstandssprecher der Deutschen Bank. (AK BRD 1971). Der Wunsch des indonesischen Militärregimes nach Krediten, über den Anfang 1970 auf einer Tagung der IGGI-Gläubigerländer im niederländischen Scheveningen verhandelt wurde, verdankte seine Erfüllung in erster Linie dem Gutachten von H. J. Abs, in Verbindung mit einem Geheimbericht der Weltbank. Es überzeugte die Konferenzteilnehmer von der Notwendigkeit, Indonesiens Auslandsschulden einen Zahlungsaufschub zu gewähren. Das Gutachten sah vor, daß sich die Rückzahlung über 30 Jahre erstrecken sollte, bei gleichzeitiger Befreiung von Zinszahlung — der Pferdefuß kam später (Suroso, 1975). Die deutsche Bundesregierung unterstützte das Abs-Konzept mit der Zusage einer 100 Million DM-Kredithilfe für das Jahr 1971 (AK Indonesien 1970). Ist es ein Wunder, wenn »offizielle Indonesier glänzende Augen« bekamen (»Die Zeit« vom 4.6.1971), sobald Herr Abs in Sichtweite kam? Konnten sie sich doch dank dieser Kredite ihre Wunschträume erfüllen: Ihre politischen und wirtschaftlichen Schlüsselpositionen zu erhalten und zu erweitern. Es profitierten Indonesiens Militär mit ihrem General-Präsidenten an der Spitze und die feudale Oberschicht. Auf Seiten der Gläubiger, d.h. der deutschen Regierung in enger Interessenverflechtung mit den Großunternehmen von Finanz und Industrie, hatte man den Schuldner und seine Eldorado-Ressourcen fest im Griff, um die Realisierung aller Pläne

durchzusetzen — in Konkurrenz oder Absprachen mit den USA und Japan in erster Linie sowie einigen europäischen Nachbarn. Da das Interesse zwischen den Regierungen gegenseitig war, fanden die Beziehungen immer »in freundschaftlichem Einvernehmen« statt. In der Bundesrepublik ergingen sich Politiker und Presse in Lobpreisungen Suhartos, als dieser zum ersten Mal Deutschland besuchte. Den Höhepunkt bildete eine Sendung des ZDF vom 30.3.1971 mit dem Titel: »Ein General und 3.000 Inseln«, in der mehr als eine Stunde lang über den »sympathischen« und »vom Volk geliebten Führer« berichtet wurde (AK BRD). Diese Propaganda wurde in bundesrepublikanischen Köpfen zum Mythos stilisiert. Kritische Berichte zu Indonesien wurden abgewürgt, Herr Abs setzte selbst Rundfunkintendanten unter Druck. Der Autorin selbst sind solche Restriktionen bis jetzt begegnet.

Ein deutscher Schriftsteller, Edwin Erich Dwinger, der in Weimarer Republik und Drittem Reich Millionen Leser das Gruseln vor Rußland lehrte, hatte bereits erkannt: »Ein Volk wird nur besiegt, wenn man ihm den Kopf zermalmt. Der Kopf aber ist die revolutionäre Idee.« (Giordano, S. 244) Und was meint Joseph Goebbels, Hitlers begabter Propagandaminister? »Deutsche Presse ist nun Kampfinstrument.« (Tagebucheintrag vom 13. Januar 1936) Und so nahm die »aktive Kapitalpolitik« in Indonesien ihren Lauf.

Anmerkungen:

- 1) Südostasien-Informationen 4/93 (SOAI)
- 2) SOAI 3/93
- 3) südostasien 2/98
- 4) Indien-Information, Berlin 2/97 (Indo-Info)
- 5) »Newsweek«-Interview vom 25.1.99
- 6) Neue Zürcher Zeitung (NZZ) vom 19.3.99

südostasien

Zeitschrift für Politik • Kultur • Dialog

Diese Zeitschrift ist hervorgegangen aus dem **philippinenforum**, 10. Jahrgang, und den **südostasien informationen**, 13. Jg. Die Jahrgangszählung der **südostasien informationen** wird fortgesetzt. Unsere Arbeit wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Ev. Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

Herausgeber: philippinenbüro e.V. und Verein für entwicklungsbezogene Bildung zu Südostasien e.V.

Anschrift: philippinenbüro, Südostasien Informationsstelle im Asienhaus, Bullmannnaue 11, 45327 Essen, Tel.: 0201 — 83038 — 18/28 Fax: 0201 — 83038 — 19/30 E-Mail Box im Internet:

philippinenbuero@asienhaus.de,
soainfo@asienhaus.de oder
SEAINFO@GEOD.GEONET.de

Redaktion dieser Ausgabe: Saskia Busch, Warsito Ellwein, Peter Franke (v.i.S.d.P.), Katharina Stahlenbrecher **mitgearbeitet haben:** Sebastian Berrick, Lucia de Carlo, Silvia Biondi, Henry Braun, Bounthone Chanthavixay, Harriet Ellwein, Genia Findeisen, Anne Fritsche, Klaus Fritsche, Brigitte Geske-Scholz, Anne-Christine Hubbard, Gabi Hafner, Sven Hansen, Marianne Klute, Eberhard Knappe, Eva König, Simone Königer, Manfred Kulesa, Patrice Ludwig, Susanna Lo Shan Shan, Christian Metz, Sabine Miehlau, Michaela Müller, Dagmar Puh, Niklas Reese, Gerhard Reinecke, Dieter Schanz, Klaus Schmidt, Bernd Schramm, Lothar Schreiner, Jakob Schwarzkopf, Fritz Seeberger, Rüdiger Siebert, Ina Sperl, Jost Wagner, Rainer Werning, Susanne Wunsch, Patrick Ziegenhain

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Impressum

Gestaltung der Titelseite: Ismaya

Satz: K. Marquardt, Herne

Druck: Druckwerk, Dortmund

Auflage dieser Ausgabe: 1200

Berichtszeitraum: 1.1.-25.5.99

ISSN-Nr.: 1434-7067

Preis: Einzelausgabe DM 9,- (4,60 €)

Abonnement (4 Ausg./Jahr inkl. Porto)

BRD: Einzelpers. DM 36,- (18,41 €)

Inst./Förderabo DM 72,- (36,81 €)

Ausl.: Einzelpers. DM 51,- (26,08 €)

Inst./Förderabo DM 87,- (44,48 €)

Luftpostzuschl. DM 17,- (8,69 €)

Die Abonnementgebühren sind im voraus fällig. Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, wenn es nicht spätestens einen Monat nach Zusendung des letzten Heftes schriftlich gekündigt wird. Für Vereinsmitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Konten:

Spk. Bochum (BLZ 43050001) 30302491 Postgiro Dortmund (Dtmd.) Nr. 1748-460

Vertrieb Schweiz:

Gruppe Schweiz-Philippinen (GSP) Bäckerstr. 25, CH 8004 Zürich, Tel. 01-241 92 15

Copyright: Redaktion und Autor(inn)en; Nachdruck nur nach Absprache mit der Redaktion, Vervielfältigung für Unterrichtszwecke erlaubt und erwünscht.

Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie den Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Nächster Redaktionsschluß:

18.8.1999